

"Der Status des Saarlandes" in Internationale Spectator (21. September 1949)

Legende: Am 21. September 1949 kommentiert die niederländische Zeitung Internationale Spectator die wirtschaftliche und politische Lage des Saargebiets und seine jeweilige Bedeutung für Frankreich und die junge Bundesrepublik Deutschland (BRD).

Quelle: Internationale Spectator. 21.09.1949, n° 19. 's-Gravenhage: Het Nederlandsch Genootschap voor Internationale Zaken. "De status van de Saar", auteur:M.M. , p. 4-8.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_status_des_saarlandes_in_internationale_spectator_21_september_1949-de-8efd4a38-af8d-47de-9829-8a06of508f41.html



Publication date: 05/07/2016

Der Status des Saarlandes

Das Saargebiet ist typisches Grenzland; davon legt auch seine Geschichte Zeugnis ab. Frankreich und Deutschland beriefen sich wiederholt auf ihre historischen Rechte an diesem deutschsprachigen Gebiet. Bei den Friedensverhandlungen im März 1919, nach dem Ersten Weltkrieg, wollten weder Wilson noch Lloyd George auf Frankreichs historischen Anspruch – in Worte gefasst von Tardieu (Frankreich hatte das Saarland 1815 durch den Pariser Vertrag verloren) – eingehen, da sie darin keine Grundlage für einen nachhaltigen Frieden sahen. Im Versailler Vertrag erhielt Frankreich jedoch wirtschaftliche Rechte im Saarland, nämlich Eigentums- und Ausbeutungsrechte an den Kohlegruben (angerechnet auf die von Deutschland zu bezahlende Wiedergutmachung), während das Gebiet, über das Deutschland weiterhin Souveränität hatte, einer Regierungskommission des Völkerbundes, bestehend aus einem Franzosen, einem Saarländer und drei Mitgliedern, die weder französische noch deutsche Staatsangehörige sein durften, unterstellt wurde¹⁾. Es wurde festgelegt, dass im Jahre 1935 per Volksabstimmung darüber abgestimmt werden sollte, zu welchem Land das Saarland zukünftig gehören würde.

Bereits ab 1925 (nach Stresemanns Zusammentreffen mit Briand in Locarno) wurden von deutscher Seite Versuche unternommen, eine internationale Ausbeutung der Saargruben zu erreichen. Einige Jahre später fanden hierüber offizielle Gespräche statt, die jedoch ohne Ergebnis blieben, da es in Frankreich großen Widerstand gegen jede vorzeitige Abtretung dieser Rechte gab. Damit einher ging die Zunahme der Deutschgesinnung im Saarland; vor allem, nachdem Hitler in Deutschland an die Macht gekommen war. Während der Landesrat im Jahre 1922 noch zur Hälfte aus katholischen Zentrumsanhängern, zu einem Viertel aus deutschen Kommunisten und zu einem Zehntel aus Sozialisten bestand, änderte sich das Verhältnis nach 1933 und erlangte die deutschgesinnte Gruppe der Deutschen Front, welcher sich die Katholiken anschlossen (und deren Gelder aus den Kreisen der Großindustriellen kamen) eine überwältigende Mehrheit.

Demgegenüber gab es noch die Freiheitsfront, die sich für den Status Quo aussprach. Die dritte Möglichkeit, die eines Anschlusses an Frankreich, hatte lediglich einen kleinen Anhängerkreis.

Die Abstimmung am 13. Januar 1935 brachte Hitler-Deutschland 90,3 % der 477 000 Stimmen ein. Am 1. März wurde das Gebiet Deutschland zugeschlagen. Für 900 Millionen Franc, zu begleichen innerhalb von fünf Jahren, fielen die Gruben wieder an Deutschland. Noch vor Ende dieser Frist brach der Krieg aus. Deutschland schloss ab Juni 1940 die Saar, Lothringen und einen Teil der Pfalz zur Westmark unter Gauleiter Bürckel zusammen, wodurch das Saargebiet wieder an sein natürliches Hinterland Lothringen angeschlossen wurde. Ohne das Erz der lothringischen Gruben ist im Saargebiet kein Wohlstand denkbar. Im Gegensatz zu der Zeit nach 1935 erlebte das Land einen wirtschaftlichen Aufschwung, trotz (oder möglicherweise gerade wegen) der Eingliederung der saarländisch-lothringischen Industrien in die große deutsche Kriegsmaschinerie. Es bestand nämlich für verschiedene Produkte ein Abnahme- und Lieferungszwang.

Nachdem im März 1945 amerikanische Truppen im Saargebiet einmarschiert waren, wurde die Besatzung drei Monate später von französischen Truppen übernommen und das Saargebiet wurde Teil der französischen Besatzungszone in Deutschland. Gilbert Grandval, im Krieg einer der Organisatoren des Widerstandes und eine der fähigsten Persönlichkeiten, die Frankreich besitzt, wurde Militärgouverneur. Bei der Kontrolle der Landesregierung und des repräsentativen Organs stand ihm eine Siebener-Kommission zur Seite.

Französische Pläne

Frankreich hat jedoch andere Absichten für das Saargebiet. Die Saarländer sehen die großen Vorteile, welche die französischen Pläne ihnen einbringen können, und bereits im April 1946 wenden sich die Landeschefs der beiden großen deutschen Parteien, CDU und SPD, und des zentralen Gewerkschaftsverbandes an die in Paris tagenden Außenminister, um den Wunsch nach einer Vereinigung der französischen und saarländischen Wirtschaft zum Ausdruck zu bringen. Dies wird bei der Konferenz der großen Vier im Mai 1946 zum Thema. Frankreich bittet um die Eingliederung des Saargebietes in seine Wirtschaftsverwaltung, es will keine politische Annexion. Der politische Status der Saar soll erst im

Friedensvertrag mit Deutschland geregelt werden.

Bidault erfährt sowohl von Byrnes als auch von Bevin, die beide für eine zentrale deutsche Verwaltung sind, Widerstand. Bei verschiedenen Gelegenheiten, u. a. im Juli 1946 in Paris, kommt es hierüber zu einem Gedankenaustausch. Letztlich erhält der amerikanische General McNarney den Auftrag, die Saar aus eventuellen Übereinkünften bezüglich einer Fusion von französischer und amerikanischer Zone auszuschließen, und Byrnes erklärt sich damit einverstanden, dass die Saar der zentralen Verwaltung entzogen wird. Bevin stimmt den französischen Vorschlägen im Interesse der saarländischen Bevölkerung zu. Die Zustimmung der Saarländer kam in den Gemeinderatswahlen im September 1946 zum Ausdruck, wo die "Parteien des wirtschaftlichen Anschlusses" 90 % der Stimmen erhalten.

Als erstes Ergebnis dieser Einmischung von französischer und saarländischer Seite kam vom französischen Oberbefehlshaber in Deutschland die Anordnung 75/76 vom 20. Dezember 1946 mit einer vorläufigen Regelung „zur Förderung der Nahrungsmittelversorgung der Saarländer“. Diese legte fest, dass per 22. Dezember entlang der Grenzen des Saargebietes mit der Rheinpfalz, Baden und Württemberg ein Zollregime eingerichtet werden sollte. Für das Passieren der Grenze wurde eine Bescheinigung der französischen Verwaltungsbehörden erforderlich, und es wurden Bestimmungen für den Geld- und Güterverkehr eingeführt. Die Zustände im Saarland verbessern sich danach stetig, was sich an der Kohlenproduktion ablesen lässt. Diese betrug im Jahr 1945 11 000 Tonnen pro Tag, im Jahr 1946 vor Errichtung des Zollkorridors 22 000 und im Jahr 1947 30 000.

Neues Grundgesetz

Im Laufe des Jahres 1947 wurde von einer Verfassungskommission, die von Juni bis September tagte und auf Grundlage der Wahlen vom September 1946 zusammengestellt war, eine Verfassung angenommen (mit 18 zu 2 (Komm.) Stimmen), worin die Saar Autonomie fordert – mit Wahrnehmung der Vertretung nach außen durch Frankreich und wirtschaftlicher Eingliederung in Frankreich. Dies bedeutet die politische Trennung von Deutschland.

Die Präambel dieser Verfassung drückt die Wünsche der Saarländer wie folgt aus:

Das Volk an der Saar,
berufen, nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches sein Gemeinschaftsleben kulturell, politisch, wirtschaftlich und sozial neu zu gestalten,
durchdrungen von der Erkenntnis, dass sein Bestand und seine Entwicklung durch die organische Einordnung des Saarlandes in den Wirtschaftsbereich der französischen Republik gesichert werden können,
vertrauend auf ein internationales Statut, das die Grundlage für sein Eigenleben und seinen Wiederaufstieg festlegen wird,

gründet seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluss des Saarlandes an die französische Republik und die Währungs- und Zolleinheit mit ihr, die einschließen:
die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich,
die Landesverteidigung und die Vertretung der saarländischen Interessen im Ausland durch die französische Republik,
die Anwendung der französischen Zoll- und Währungsgesetze im Saarland,
die Bestellung eines Vertreters der Regierung der französischen Republik mit Verordnungsrecht zur Sicherstellung der Zoll- und Währungseinheit und einer Aufsichtsbefugnis, um die Beobachtung des Statuts zu garantieren,
eine Organisation des Justizwesens, die die Einheitlichkeit der Rechtsprechung im Rahmen des Statuts gewährleistet.

Der Landtag des Saarlandes, vom Volke frei gewählt, hat daher, um diesem Willen verpflichtenden Ausdruck zu verleihen und – nach Überwindung eines Systems, das die menschliche Persönlichkeit entwürdigte und versklavte –, Freiheit, Menschlichkeit, Recht und Moral als Grundlagen des neuen Staates zu verankern, dessen Sendung es ist, Brücke zur Verständigung der Völker zu bilden und in Ehrfurcht vor Gott dem Frieden der Welt zu dienen, die folgende Verfassung beschlossen: ...

Diese Verfassung mit ihren 122 Artikeln, die gleichzeitig das neue Grundgesetz und die Grundlage für die gegenseitigen Beziehungen zwischen Frankreich und das Saargebiet ist (entsprechend dem Abkommen vom 15. Dezember 1946 [sic]), trat nach dem Wahlgang am 5. Oktober 1946 [sic], bei einer Beteiligung von 96 % und mit einer entsprechenden Mehrheit für CDU und SPD wie schon im Jahr 1946, in Kraft.

Die Verfassung ist kein internationales Statut wie zu seiner Zeit das des Völkerbundes, sondern ein gegenseitiges Abkommen zwischen Frankreich und dem Saarland mit Billigung der Alliierten.

Aus der völkerrechtlichen Perspektive existiert bis zur Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages kein Statut für das Saarland.

Einführung des Franc

Derweil wurde am 20. November 1947 im Saargebiet der französische Franc eingeführt, auf Grundlage eines Kurses von zweitausend Franc für einhundert alte Reichsmark, was circa sechs Dollar entsprach²⁾, wobei alle Guthaben umgetauscht werden konnten. Damit öffnete sich den Saarländern der gesamte französische Markt, und sie wurden immer mehr zu den verwöhnten Kindern unter den Deutschen. Vor allem bestand ein krasser Gegensatz zwischen den Zuständen in der französischen Zone und dem Saargebiet. Die wirtschaftliche Abtrennung dieses Gebietes von der französischen Zone war einer der Gründe, der die Franzosen dazu veranlasste, eine Eingliederung Westdeutschlands in die Marshall-Hilfe zu fordern.

Durch den wirtschaftlichen und finanziellen Anschluss wurde das Saargebiet wieder mit Lothringen verbunden. 40 % des Stahls wird im Saarland verarbeitet, 60 % wartet auf die Ausfuhr nach Italien, Afrika, Süd- und Südostasien. Da Kohle und Stahl aus dem Ruhrgebiet günstiger sind als die aus dem Saarland, ist Deutschland kein Absatzgebiet.

Die Frage ist sogar, ob Frankreich der wirtschaftliche Anschluss genauso viel Freude bereiten wird wie dem Saarländer, und ob durch den großen Wiederaufbaubedarf und die teure Ausbeutung das Saarland nicht vom Verkäufer zum Käufer wird (Times, 5. September 1949).

Momentan ist der Zustand für den Saarländer günstig. Der saarländische Arbeiter hat, obwohl er das Streikrecht besitzt, an keiner einzigen der großen Streikbewegungen in Frankreich teilgenommen. Der Einfluss der Kommunisten und auch ihrer Propaganda ist gering.

Das alte Nazi-Element ist dahingegen noch verbreitet, und die schnelle Emanzipation der Saarländer hat vielleicht nicht unbedingt dazu beigetragen, es aussterben zu lassen; nicht so sehr als Ideologie, sondern als Geisteshaltung. Die Zukunft wird zeigen, inwiefern die Saarländer sich den ihnen gebotenen Entwicklungsmöglichkeiten würdig erweisen.

Ob der Saarländer, wenn Westdeutschland wirtschaftlich mehr und mehr auflebt und zu einem neuen Staat wird, nicht wieder Heimweh nach seinem alten Vaterland bekommt, bleibt noch abzuwarten. Vorerst scheint es, als habe er tatsächlich etwas aus den zehn Jahren zwischen 1935 und 1945 gelernt.

Annäherung in anderen Bereichen

Die Franzosen haben ihre eigene Auffassung.

Wann ist ein Deutscher kein Deutscher mehr? Wenn er Saarländer ist, sagen die Franzosen. Frankreich sieht das Saargebiet in Zukunft als kleinen autonomen Staat (es hat nur knapp 900 000 Einwohner) und die Saarländer selbst fühlen sich als Deutsche, die ein Vorbild sein sollen für die gegenseitige Verständigung zwischen französischem und deutschem Gebiet. In diesem Zusammenhang schrieb die New York Herald Tribune: „Im Saargebiet erscheint das deutsche Problem verständlich und fast lösbar.“ Als Grenzbevölkerung hat die Bevölkerung des Saarlandes mehr Erfahrung und mehr Anpassungsvermögen als das übrige deutsche Volk, und es ist sicherlich nicht allein den materiellen Vorteilen geschuldet, dass der Saarländer mit dem französischen Besatzer, der nun kein Besatzer mehr ist, brüderlich umgeht.

Seit Januar 1948 ist Colonel Grandval Hoher Kommissar geworden und die französische Regierung bürgerlich. Juristisch ist das Saargebiet seitdem kein besetztes Gebiet mehr.

Zur gleichen Zeit kam ein französisch-saarländisches Abkommen für die Justiz zustande, wie dies im Statut vorgesehen ist.

Das Saarland hat seine eigene Volksvertretung, die nach den Wahlen von 1947 aus 28 Christdemokraten, 17 Sozialdemokraten, 3 Demokraten und 2 Kommunisten besteht. Die Regierung ist eine Koalition aus CDU und SPD. Ministerpräsident ist Johannes Hoffmann (Christdemokrat), der zu Zeiten des Anschlusses nach Frankreich emigriert war.

Von französischer Seite wird der Kontakt (im Gegensatz zur der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg) nicht nur im wirtschaftlichen Bereich gesucht. Laut Grandval war der Erfolg der Nazis bei den Wahlen von 1935 vor allem auf die damalige Vernachlässigung intellektueller und moralischer Belange durch die Franzosen zurückzuführen.

In der neuen Verfassung wird in Artikel 30 festgelegt, dass kultureller Kontakt wünschenswert ist:

"L'histoire de la Sarre et son évolution politique font l'obligation à toutes les écoles de développer l'esprit de réconciliation entre les peuples. Elles enseignent, dans le cadre de la culture chrétienne et européenne, la culture allemande et contribuent, par l'enseignement de la langue française au développement des relations culturelles entre la France et le Territoire de la Sarre."

Die Franzosen fördern diese gegenseitigen Beziehungen bewusst und aktiv. Die Grenze zu deutschem Gebiet ist für den Saarländer, der dort meist Familie hat, praktisch geschlossen, was stets aufs Neue Unzufriedenheit hervorruft. Deutsche Zeitungen sieht man wenig. Im Gegensatz dazu werden Stipendien für französische Universitäten vergeben, wurde im verwüsteten Saarbrücken eine Universität aufgebaut, und in Homburg ein Konservatorium, wird das Theater- und Konzertleben stimuliert etc.

Diese Politik trägt das ihre dazu bei, die Gesinnung der Saarländer, die von ihren deutschen Landsleuten auf der anderen Seite der Grenze doch auch scharf kritisiert werden, allmählich zu beeinflussen.

Dennoch weist Frankreich stets wieder darauf hin, dass es keine politische Annexion des Saarlandes will. In den Parteien gehen die Meinungen über den endgültigen Status auseinander. Guy Mollet, Generalsekretär der SFIO, erklärte am 22. August in Straßburg, dass das Saargebiet zwar wirtschaftlich mit Frankreich verbunden bleiben, aber politisch zukünftig zu Deutschland gehören solle. Die MRP ist für eine politische Unabhängigkeit des Saarlandes.

Aufnahme in den Europarat

Wo nun die politische Trennung von Deutschland eine Tatsache ist, während der politische Status in seiner Gesamtheit vorläufig noch nicht juristisch geregelt werden kann, bietet der Europarat, in dessen Satzung die Möglichkeit einer Aufnahme nicht-souveräner Staaten ausdrücklich festgelegt ist, eine Möglichkeit für das Saargebiet, dessen äußere Angelegenheiten von Frankreich wahrgenommen werden, als de facto autonomer Staat aufgenommen zu werden. Die Diskussion über die Aufnahme Westdeutschlands gab Frankreich die Gelegenheit, sich für das Saarland einzusetzen. Schumann ersuchte am 11. August um Aufnahme. Am 3. September fanden zwischen Schumann und Johannes Hoffmann und einigen anderen führenden politischen Persönlichkeiten aus dem Saarland Besprechungen über diesen Punkt statt, die in einer Erklärung Hoffmanns an die Straßburger Presse Ausdruck fanden. Er argumentierte darin, dass das Saargebiet ebenso wie Luxemburg sein eigenes Leben führen wolle, dass es Frankreich dankbar sei für die Weise, in der es diesen Wunsch durch das Angebot wirtschaftlicher Einheit und politischer Autonomie erfülle, und als Instanz, die die politischen Angelegenheiten wahrnimmt, die Aufnahme in den Europarat vorgeschlagen hat.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass auf die Aufnahme Westdeutschlands in den Europarat zur gegebenen Zeit auch die des Saarlandes folgen wird. Es liegt auf der Linie der französisch-saarländischen Politik der Annäherung im Rahmen politischer Autonomie, dass Frankreich das seine tun wird um diese Aufnahme zu fördern. Das kann nur dazu beitragen, neben den rechtlich festgelegten wirtschaftlichen Banden auch diejenigen im kulturellen und politischen Bereich zu stärken.

M. M.

1) Die Auffassung dieser Kommission laut eines Schreibens des Vorsitzenden an den Generalsekretär des Völkerbundes (4. Juli 1921):

"C'est un territoire entièrement soustrait au Gouvernement de l'Allemagne. Cette Puissance en conserve la souveraineté, mais il n'y a l'exercice d'aucun des droits de la souveraineté. L'exercice des droits de la souveraineté appartient à la Société des Nations, agissant par la commission de Gouvernement".

2) Bei der Einführung der D-Mark in Westdeutschland am 20. Juni 1948 wurden für einhundert alte Reichsmark zehn D-Mark, entsprechend 3,33 Dollar ausbezahlt, bis zu einem Höchstbetrag von vierzig D-Mark.